

Fraktion im Stadtrat der Stadt Koblenz

Haushaltsrede, 14.12.2018

Uwe Diederichs-Seidel

- Es gilt das gesprochene Wort –

Inhaltsverzeichnis

Haushaltsberatungen	2
bessere Steuerung.....	3
Jugendrat.....	3
Straßenbenennungen.....	4
Wohnen	5
FNP	5
Stadtwerkstätten.....	6
BIMA	6
ÖPNV	6
Fahrradnetz	7
Buga 2029.....	7
neues Leitbild für die Stadt Koblenz.....	7

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Haushaltsberatungen sind im Grunde genommen nichts Besonderes. Wir beschäftigen uns das ganze über mit dem Sinnvollen und dem Bezahlbaren. Wir verhandeln miteinander und mit der Verwaltung in unseren etwa 100 verschiedenen Ausschüssen und Gremien über die beste Lösung, nehmen uns oft die Extrazeit um vor allem auch bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort nochmal nach zu hören.

Die Haushaltsberatungen sind dann aber zwei Tage lang so etwas wie ein Brennglas, in dem die gesamte Stadt mit ihren unzähligen Facetten sichtbar wird. Die Beratungen sind von gegenseitigem Respekt getragen und Verwaltung wie die Parteien profitieren auch von dieser konzentrierten Diskussion.

Und die Bürgerinnen und Bürger haben mit diesem Konvolut eine gute Lektüre jetzt für die langen Abende und schlaflosen Nächte.

Die großen Zahlen beeindrucken schon ein bisschen und sehen auch erstmal gut aus: 436 Mio. € Einnahmen und 428 Mio. € Aufwendungen ist ok.

Aber die Gesamtverschuldung der Stadt steigt halt weiter in Richtung einer halben Milliarde Euro und wenn man sieht, dass wir alleine 11 Mio. € Zinsen zahlen jedes Jahr und in hohem Maße von der Gewerbesteuer abhängig sind, dann sind die Risiken schnell beschrieben: wir haben in den Krisenjahren nach 2009 über ein Drittel unsere Gewerbesteuereinnahmen verloren und waren dann gezwungen massiv an den freiwilligen Leistungen zu sparen. Wobei es ja nur im rein rechtlichen Sinne um eine Freiwilligkeit handelt. Wir brauchen diese Zahlungen, weil sie an vielen Stellen helfen den Kit für die Gesellschaft bereitzustellen.

Die Gefahren von 2008/2009 sind wieder da, wenn man nur nach Italien schaut, an die Lage der Deutschen Bank denkt oder die Unberechenbarkeit der USA. Damit ist einfach klar, dass es unsere Aufgabe ist uns so aufzustellen, dass uns die Fehler der anderen in Zukunft nicht ganz so hart treffen können.

Wir als Großstädte brauchen in Berlin eine bessere Lobby um auch dort klar zu machen, dass der Staat an der Basis entsteht und nicht durch Regierungserklärungen und Wahlversprechen.

Und wenn wir unsere Aufgaben vor Ort nicht mehr erfüllen können, resignieren die Bürgerinnen und Bürger oder wählen diejenigen die glauben sie könnten alle Probleme mit genau einer Antwort erledigen.

Der vorliegende Haushalt ist kein Sparhaushalt. Wir haben etliche Dinge mit einander verabredet die diese Stadt insgesamt nach vorne bringen, die auch die weichen Standortfaktoren stärken, die Koblenz attraktiv halten für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch für Unternehmen die hier Arbeitsplätze schaffen, hierhin verlagern und hier auch Steuern zahlen wollen.

Wir müssen aber auch gute Grundlagen legen dafür, dass das nächste ‚facebook‘ oder ‚google‘ Start-Up in Koblenz Bedingungen vorfindet um sich hier ansiedeln zu können. Und dazu gehört schnelles Internet genauso wie eine schnelle und freundliche Verwaltung. Zukunftsfähigkeit einer Stadt entsteht vor allem durch aktives Zuhören, durch schnelle unbürokratische Hilfen und auch durch das Setzen von klaren Rahmenbedingungen.

Die Absicht aus Koblenz eine IT-Stadt zu machen, muss deutlicher als bisher mit Leben gefüllt werden, braucht mehr Aufmerksamkeit und Professionalität.

Wir hoffen natürlich Herr Oberbürgermeister: wenn Sie nach Canossa ääh Quatsch – nach Trier fahren und der ADD den von uns beschlossenen Haushalt erklären, dass Sie ohne einen Auflagenkatalog wieder zurückkommen und die Verwaltung möglichst zügig zur Abarbeitung unserer gemeinsamen Beschlüsse kommt.

Ich denke aber auch, wir brauchen für dieses Abarbeiten eine

bessere Steuerung. Vielleicht kann man innerhalb der Verwaltung ja zu einer Umschichtung des Personals kommen

Denn auch wenn im Eckwertebeschluss etwas Anderes drinstand, haben wir in den letzten 10 Jahren 300 Stellen dazu bekommen. Die ADD und auch der Rechnungshof hatte uns da eigentlich andere Hausaufgaben mit auf den Weg gegeben.

Und trotz mehr Personal steht fest, dass es z.B. mit dem ZGM aus verschiedenen Gründen immer wieder zu Unzufriedenheiten kommt. Die Umorganisation der Ämter und die Schaffung des ZGM mag auf dem Papier eine gute Idee gewesen sein, Sie Herr Oberbürgermeister haben aber jetzt durch Ihren klaren Blick auf die Probleme die Chance die entscheidenden Stellschrauben zu bewegen um diese Mammutaufgabe die das ZGM ohne Zweifel zu erfüllen hat, zur Zufriedenheit aller zu lösen.

Wir sehen ja jedes Jahr das Investitionsvolumen von 60 Mio. € und die Umsetzung am Ende nur von einem Drittel. Damit ist es am Ende des Jahres auch leicht ein positives Resümee zu ziehen, aber ganz ehrlich ist das nicht, denn die Investitionen müssen wir ja meistens doch tätigen, schieben die aber einfach nur vor uns her.

Aufgabenkritik ist für die Verwaltung eine ständige Herausforderung und hier das richtige Maß zu finden scheint die Quadratur des Kreises zu sein.

Über diese Problematik haben wir uns ja auch bei den Beratungen schon auseinandergesetzt. Politik und Verwaltung waren unterschiedlicher Meinung:

Sie haben uns gesagt: „wir tun und machen ja schon was wir können“

Ist also alles am Ende nur ein Kommunikationsproblem? Wenn dem so ist, dann sollte das einfach in Zukunft besser werden von Seiten der Verwaltung -

man darf nicht vergessen, dass wir 56 Menschen hier und die Mitglieder der Ortsbeiräte und sonstigen Ausschüsse und Beiräte ehrenamtlich und in ihrer Freizeit hier sitzen und es dann eine unglückliche Haltung wäre, immer auf die Aufforderungen aus der Politik zu warten bis man etwas verbessert.

Aber, Herr Oberbürgermeister, wie gesagt:

Wir zählen hier auf Ihren unverstellten und klaren Blick.

Und: Frau Bürgermeisterin: wir sind froh, dass Sie jetzt an Bord sind und freuen uns auf die gemeinsame Arbeit.

Lassen sie mich kurz zum

Jugendrat kommen:

Früher wurden die Jugendlichen für den Jugendrat ernannt. Von den verschiedenen Verbänden. Dann wurde die Wahl eingeführt und alle Jugendlichen in den weiterführenden Schulen sind durch dieses Instrument an die Benutzung der repräsentativen Demokratie herangeführt worden. In diesem Jahr haben sich so viele Jugendliche zur Jugendratswahl aufstellen lassen wie nie zuvor. Das ist ein gutes Zeichen dafür, dass Kinder und Jugendliche für ihren Bereich und oft auch darüber hinaus Verantwortung übernehmen wollen. Übrigens: es gab in beiden Altersklassen mehr Mädchen die sich beworben haben als Jungs. Das ist schön.

Aber wie kommt es dann nur, dass hier im Rat, aber auch in fast allen anderen Parlamenten deutlich weniger Frauen als Männer sitzen?

Es ist in den Schulen so üblich, dass die Lehrerinnen und Lehrer mit ihren Klassen geschlossen zum Wählen gehen, ohne dass für die einzelnen SchülerInnen Wahlzwang besteht.

Für mich ist es allerdings nicht nachvollziehbar, dass es drei Schulen gab, unter anderem eines unserer Elite-Gymnasien, bei denen das Kollegium anscheinend entschieden hat, dass man nicht gemeinsam zum Wählen geht, sondern die Jugendlichen in den Pausen ja selber zu den Wahlurnen gehen könnten.

Schade das die Lehrerinnen und Lehrer an diesen Schulen scheinbar nicht der Meinung sind, dass Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse die Art von Demokratie einüben sollten, die über ihr eigenes Schulgelände hinausgeht.

Ich hoffe, dass sich dieser Trend nicht fortsetzt. Wer nicht, im Grunde schon ab dem Kindergartenalter demokratische Spielregeln einübt, dem wird der Wert von fairem und geregelterm und um Ausgleich bemühten Umgang miteinander im Erwachsenenalter noch schwer zu vermitteln sein.

Straßenbenennungen

Eine Sache bei der wir in diesem Jahr leider nicht weitergekommen sind ist die Aufarbeitung der Koblenzer Straßennamen.

Straßennamen sind immer Ausdruck von positiver Geschichte. Ereignisse, Orte, Personen an die man sich auch in Jahrzehnten noch erinnern möchte.

Das heißt ganz konkret: auf wen wollen wir mit Respekt zurückblicken, an wen wollen wir uns auch aufgrund seines Tuns erinnern. Oder auch weil er oder sie verfolgt und ermordet wurde.

Sicher: wenn man das ganz konsequent macht, haben wir dann möglicherweise am Ende nur die Rosenquartiere und Maiglöckchen Wege.

Aber im Ernst:

das kann ja kein Argument gegen eine Änderung derjenigen Straßennamen sein, die offensichtlich unter falschen Annahmen vergeben worden sind und dazu gehört immer noch die Friedrich-Syrup-Strasse.

Schon vor 12 Jahren ist der erste Vorstoß vom Verein „Mahnmal-Koblenz“ gemacht worden durch den damaligen Archivdirektor des Bundesarchivs.

Wir werden uns auch im nächsten Jahr diese und andere Namensgebungen anschauen, Diskussionen mit Anwohnern führen und da wo nötig auch Änderungen anstoßen.

Denn wie Joachim Hennig zutreffend sagt:

„bei den Straßenbenennungen hat Koblenz einen großen Nachholbedarf“.

Vor sechs/ acht Jahren waren sich fast alle Fraktionen einig, nach dem Beschluss für Güls-Süd:
wir brauchen jetzt keine Neubaugebiete mehr.

Mittlerweile sieht die Situation deutlich anders aus.

Wohnen

Wir müssen zusätzliche Kitas bauen, die Bevölkerungsprognose des Landesamtes ist schon lange überholt, der Wohndruck nach Mietwohnungen und auch nach Eigentumswohnungen und Häusern nimmt rasant zu und es werden mittlerweile bei Bestandsimmobilien Preise aufgerufen die sich eine junge Familie kaum noch leisten kann.

Koblenz wächst, Koblenz ist als Wohnort beliebt und das ist gut so. Aber wir dürfen diesen Vorteil jetzt nicht verspielen, indem wir den Markt einfach so weiterlaufen lassen, denn dann werden die Familien, die Wohneigentum bilden wollen, in Koblenz erst gar nicht mehr suchen. Die Preise in Bendorf, Neuwied und Andernach sind deutlich günstiger als hier.

Wir haben jetzt die Quote für bezahlbaren Wohnraum bei Neubauten festgelegt, allerdings recht zaghaft mit 20%. Berlin ist jetzt schon bei 30%.

Bei jedem einzelnen Objekt müssen wir jetzt darauf achten, dass diese marginalen Kriterien auch eingehalten werden. Das ist mühsam und am Ende vielleicht gar nicht effektiv. Die Frage ist ob wir nicht so etwas wie eine kooperative und vor allem gemeinwohlorientierte Wohn- und Baulandentwicklung brauchen. Es geht dabei um sozialgerechte Bodennutzung Und wenn wir das Soziale im Blick haben dann auch immer das Ökologische.

Wir werden dieses Thema im kommenden Jahr weiterverfolgen, Erfahrungen in Dresden Leipzig und München und Baden-Württemberg können uns dabei helfen.

FNP

Das bringt mich zu einem anderen wichtigen Thema, das allerdings bei unserer eigenen Verwaltung schon Jahre vor sich hin modert:

Die Entwicklung eines neuen Flächennutzungsplans. Die Fraktionen kennen die Vorschläge schon, einige Ortsbeiräte auch.

Es stecken viele gute Ideen drin im neuen Plan, aber eine breite Diskussion steht noch aus.

Das Zauberwort für Innenentwicklung und neue Baulandflächen heißt Arrondierung von Ortslagen. Für uns heißt das, naturverträgliche Entwicklung und Flächenschonung.

Wir haben im neuen Haushalt 2 Mio. € stehen für den Ankauf von Grundstücken. Wir fordern die Verwaltung auf in den Arrondierungsbereichen der Ortschaften die Bodenpreise ein zu frieren und dann zügig zu einer nachhaltigen Wohnraumentwicklung zu kommen:

Bezahlbare Mietwohnungen, am besten auf genossenschaftlicher Basis - Eigentümshäuser und Wohnungen auf 99 Jahre Erbpachtgrundstücken der Stadt und das alles in einem Energiestandard der diese Bezeichnung auch verdient -- man kann heute sehr leicht Häuser bauen die nahezu Energieautark sind. Das ist kein Hexenwerk - man muss es nur wollen und machen. Nur mit solchen energieautarken Häusern können sich Eigentümer gegen steigende Gas- und Ölpreise schützen.

Man muss auch nicht vor einer Bürgerbeteiligung Angst haben. Die gesetzlich vorgeschriebene Offenlagebeteiligung ist unserer Meinung nach nicht ausreichend. Echte Bürgerbeteiligung findet VOR den Planungen statt, und nicht dann, wenn schon alles klar ist.

Mit der Ablehnung der Ortsbeiräte im letzten Jahr haben sich die Bürgerinnen und Bürger nicht gegen mehr Beteiligungsmöglichkeiten gewandt. Deshalb haben wir in den Haushaltsberatungen versucht Mittel für regelmäßige

Stadtwerkstätten oder Zukunftskonferenzen in den Stadtteilen bereit zu stellen.

Wir sind dann in der Diskussion aber parteiübergreifend zu dem Ergebnis gekommen, dass es sinnvoller ist jetzt, 20 Jahre nach der Gründung der Stelle für die lokale Agenda 21 diese Arbeit zu evaluieren und einen breiten Prozess darüber zu initiieren wie Bürgerbeteiligung im 21. Jahrhundert aussehen sollte.

Wenn man den Reden auf den bundesweiten Vereinigungen der Städte und Gemeinden und Landkreise lauscht, dann taucht immer wieder ein Thema auf, das die kommunalen Vertreter*innen meist mit Kopfschütteln zurücklässt: Die

BIMA.

Die BIMA geriert sich oft als Staat im Staate, eine dem Grunde nach unhaltbare Situation. Die besten Filetgrundstücke auch innerhalb von Koblenz stehen Jahrzehnte lang leer. Und wenn Grundstücke oft nach Jahrzehnten dann frei gegeben werden dann müssen die Kommunen Marktpreise bezahlen:

Die Bürgerinnen und Bürger haben also die Einrichtung von Kasernen und Büros schon mit ihren Steuergeldern bezahlt (womit auch sonst?) und sollen dann nochmal dem Bund wiederrum mit Steuergeldern aus klammen kommunalen Haushalten die Grundstücke abkaufen die sich eigentlich ja schon in ihrem Eigentum befinden.

Eine irrwitzige Geschichte. Der Bund behindert damit massiv innerstädtische Entwicklung und die Gemeinden sind gezwungen auf die grüne Wiese aus zuweichen, denn das ist deutlich günstiger als sich mit der BIMA über Jahrzehnte auseinander zu setzen.

Wir hier in Koblenz haben keinerlei Vorteile durch die Anwesenheit vom BMBw und Bundeswehr mitten in der Stadt. Und leider haben wir auch keinerlei Vorteile durch eine selbsternannte Große Koalition in Berlin, die auf vielen Gebieten sooo viel mehr für die Kommunen erreichen könnte, wenn sie denn den Mut hätte.

Richtig gut geworden ist der Entwurf des neuen

ÖPNV in Koblenz. Ein langer Konsultationsprozess mit vielen Partnern führt zu günstigeren Fahrpreisen und einem deutlich verbesserten Linienangebot.

Das kostet in Zukunft zwar weniger als Zins und Tilgung für den sogenannten Kulturbau. Aber dennoch ist es wichtig Herr Oberbürgermeister, dass Sie aus Trier die Zusage mitbringen, dass das Geld welches wir dem ÖPNV jedes Jahr zugeben nicht mit anderen Leistungen - gar mit freiwilligen Leistungen verrechnet wird.

ÖPNV muß zur Pflichtaufgabe der Kommunen werden.

Und am besten noch emissionsfreier ÖPNV !!! Das was hier mit der Anschaffung von Gasbussen im Moment geschieht ist meiner Meinung nach massives Greenwashing der Verkehrsbetriebe!

Aber dazu gleich in TOP 2 noch mehr.

Eine kleine Bemerkung zum Versuch der Verwaltung das

Fahrradnetz in Koblenz zu optimieren.

Da sind gute Ideen dabei und wir streuben uns auch sicher nicht auf einem recht kleinen Stück den Mittelstreifenrasen auf dem Friedrich-Ebert-Ring weg zu nehmen -- wenn dann gleichzeitig unser Vorschlag einer deutlich artenreicheren Bepflanzung an der Stelle umgesetzt wird ----

Aber der Vorschlag für einen Radweg vor der Herz-Jesu-Kirche

5 ausgewachsene Platanen fällen zu wollen erinnert sehr stark an Schilda.

Das wäre echter Unsinn. Bäume fällen für den Klimaschutz. Da gibt es deutlich bessere Lösungen - die haben meistens auch mit „Eimer“ und „Farbe“ zu tun --- aber am besten bleibt es an dieser Stelle so wie es ist. Wir brauchen dringend ein besseres und sicheres Radnetz in Koblenz. Sicher für die Pendler, die zunehmend mit dem E-Bike fahren. Aber auch die Touristen die nicht nur einmal nach Koblenz kommen sollen, sondern immer wieder.

Buga 2029

Wir haben es noch zehn Jahre bis zur Buga. Also 8 Jahre bis alles fertig sein muß um es dann testen zu können. So eine Zeitspanne hat bei der letzten Buga auch gereicht.

ABER: es muß jetzt im nächsten Jahr richtig Dampf auf den Kessel. Wir müssen für unsere Stadt entscheiden welche Stärken wir ausspielen wollen, worauf wir uns fokussieren. Vorarbeit ist schon geleistet im Hinblick auf die Kulturhauptstadtgeschichte und auf das Festungsjubiläum letztes Jahr.

Was uns da helfen kann ist ein

neues Leitbild für die Stadt Koblenz.

Das aktuelle ist jetzt 20 Jahre alt und braucht in einem breiten Beteiligungsprozess ein Update für das 21. Jahrhundert.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen sagen wie sie in 20 oder 30 Jahren leben wollen, was ihnen wichtig ist. Es sind noch viele Themen zu nennen über die wir gerne reden würden:

- Tierschutz
- Ausbaubeiträge !!!!
- Pfaffendorfer Brücke
- Kemperhof
- Neue Synagoge
- Lärmschutz für Rübenach gegen die Autobahn
- Wie sieht es um das Miteinander in der Altstadt aus
- Wie schaffen wir es unser Grundwasser dauerhaft zu schützen?
- Kitaentwicklung

Bald ist Weihnachten und allgemein die Zeit des 'Sich-etwas-wünschen'.

Das, was Sie hier durch die Fraktionen hören Herr Oberbürgermeister, sind keine frommen Wünsche, sondern Forderungen an die Verwaltung, denen wir, und das ist das Besondere, oft trotz Wahlkampf und auch unterschiedlicher ideologischer Grundausrichtung gemeinsam nachgehen.

Im nächsten Jahr geht es wieder um die Neuzusammensetzung dieses Kommunalparlamentes und des Europaparlamentes. Wir hoffen auf eine große Wahlbeteiligung und ich hoffe es ist auch die letzte Kommunalwahl, bei der Menschen ab 16 Jahren nicht mitwählen dürfen.

Ich wünsche uns allen einen guten, fairen und ehrlichen Wahlkampf der das

Wohl aller Menschen die in unserer Stadt leben fest im Blick hat.

Vielen Dank und alles Gute